

Rede von

**Dr. Hans-Peter Friedrich**

anlässlich einer **Regierungserklärung** durch die **Bundeskanzlerin**: zum **Europäischen Rat am 15./16. Oktober 2015 in Brüssel**

**Es gilt das gesprochene Wort!**

Herr Präsident!

Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Europa lebt seit 70 Jahren in Frieden, abgesehen von einigen Auseinandersetzungen beispielsweise auf dem Balkan. Aber die Welt ist nicht friedlicher geworden. Es gibt zig Millionen Menschen, die ihre Heimat, die Region, in der sie geboren und aufgewachsen sind, verlassen mussten und in der Welt umherirren. Mit jeder Krise, mit jedem Konflikt, meine sehr verehrten Damen und Herren, steigen die Flüchtlingszahlen heute - Afghanistan und Syrien, morgen Pakistan und Bangladesch, übermorgen die Sahelzone, Subsahara-Afrika und Afrika insgesamt.

Deswegen ist die Frage, welche Rolle Europa in diesem Szenario, das sich nicht von selbst auflösen wird, in Zukunft spielen wird. Haben wir, so stellt sich die Frage, die Pflicht, diesen vielen Millionen Menschen auf der Welt zu helfen? Ich kenne niemanden in diesem Haus, der nicht sagen würde: Ja, wir haben die Verpflichtung, nach unserer Kraft und unserer Leistungsfähigkeit das zu tun. – Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, das bedeutet doch nicht, dass wir diese zig Millionen Menschen alle zu uns holen können – auch das weiß doch jeder.

(Claudia Roth (Augsburg) [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das sagt doch auch niemand! – Weitere Zurufe vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir müssen ihnen in ihrer Heimat, in der Nähe ihrer Heimat helfen, wir müssen Fluchtalternativen schaffen. Jeder weiß, dass wir sie nicht alle hierherholen können. Deswegen, meine Damen und Herren: Hören Sie bitte auf, die deutsche Bevölkerung einzuteilen in diejenigen, die den Flüchtlingen helfen wollen, und diejenigen, die nicht helfen wollen. Alle wollen helfen, nur haben die einen andere Vorstellungen als die anderen, wie man helfen kann.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Unser Asylrecht und auch die Flüchtlingskonvention sehen vor, dass wir Menschen in Deutschland und Europa aufnehmen. Aber wie viele kann Europa aufnehmen? 5 Millionen, 10 Millionen, 50 Millionen, 200 Millionen?

(Claudia Roth (Augsburg) [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das Asylrecht kennt keine Begrenzung! – Weiterer Zuruf des Abg. Özcan Mutlu [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]) Wer beantwortet diese Fragen? (Dr. Konstantin von Notz [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ja, Sie nicht! Offensichtlich!)

Und wie beantwortet man diese Frage, nach welchen Kriterien? Die Zahl derjenigen, die wir aufnehmen, kann nur so hoch sein, dass wir unsere eigenen Lebensgrundlagen, unsere eigene Stabilität nicht gefährden.

(Zurufe vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir können nur so viele aufnehmen, wie wir integrieren können, ohne unsere Kultur, unsere Identität zu gefährden.

(Beifall bei der CDU/CSU - Dr. Konstantin von Notz [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Alles leere Sätze! – Özcan Mutlu [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Schämen Sie sich!)

Wie viele das sind, entscheidet jedes Land in seiner eigenen Souveränität. Wir Deutschen entscheiden das in unserer Souveränität. Meine sehr verehrten Damen und Herren, unsere europäischen Nachbarn entscheiden das in ihrer Souveränität. Ich höre immer, dass die Deutschen sagen: Wissen Sie, unsere Geschichte zwingt uns zu diesem und hält uns von jenem ab. – Aber auch die anderen haben eine Geschichte – die Ungarn, die Tschechen, die Slowaken, die Kroaten, die Slowenen, die baltischen Länder –,

(Dr. Dietmar Bartsch [DIE LINKE]: Vielleicht haben die doch eine andere Geschichte! – Özcan Mutlu [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Oh mein Gott! Das tut weh, was Sie sagen!)

und sie entscheiden mit ihrer Mentalität und aus ihrer Geschichte heraus, wie viele aufgenommen werden können. Das ist europäisch.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Sie brauchen nicht unseren moralischen Zeigefinger, sondern sie haben ihre eigene Souveränität. Die Bewältigung der Flüchtlingskrise und die Reduzierung des Zustroms auf das verkraftbare Maß, meine Damen und Herren, ist eine Herausforderung für die gesamte Europäische Union; aber sie ist auch eine Chance.

(Zuruf der Abg. Katja Kipping [DIE LINKE])

Es ist eine Chance, weil Europa beweisen kann, dass es nicht nur in der Lage ist, technokratische Vorschriften, Richtlinien und Verordnungen zu schaffen, sondern auch in der Lage ist, existenzielle Probleme der Bürgerinnen und Bürger unserer Länder zu lösen. Darin besteht eine Chance, und diese Chance muss Europa jetzt ergreifen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Zurufe vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich will ganz konkret werden und sagen, was jetzt geschehen muss:

Erstens.

Wir müssen die territoriale Integrität Deutschlands und Europas wirksam wiederherstellen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Jeder Staat muss in der Lage sein, sein Staatsgebiet und seine Grenzen zu schützen, sonst verliert er seine Sicherheit, seine Staatlichkeit und das Vertrauen seiner Bürger. Deswegen ist das das oberste Prinzip. Wir haben heute die Situation, dass wir die Sicherung unserer Grenzen auf die europäische Ebene übertragen haben, jedenfalls teilweise. Wir haben gesagt: Ja, wir verzichten auf Grenzkontrollen, wenn wir Europäer gemeinsam unsere Außengrenzen schützen. – Deswegen, meine sehr verehrten Damen und Herren, geht es darum – und das ist das allerwichtigste Ziel, das jetzt erreicht werden muss –, die Außengrenzen Europas wirksam und lückenlos zu schützen und dafür zu sorgen, dass nur so viele nach Europa kommen, wie wir verkraften können und wie mit unserer Integrationskraft auch aufgenommen werden können.

(Zurufe vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Dr. Norbert Lammert:**

Herr Kollege Friedrich, lassen Sie eine Zwischenbemerkung zu?

**Dr. Hans-Peter Friedrich (Hof) (CDU/CSU):**

Nein, keine Zwischenbemerkung. – Es ist entscheidend, dass wir das jetzt schaffen, und zwar nicht irgendwann, nicht nächstes Jahr, auch nicht irgendwann in ein paar Monaten, sondern jetzt.

(Zurufe vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deswegen ist der Europäische Rat heute von ganz großer Bedeutung; denn er stellt genau diese Aufgabe in den Mittelpunkt. Wir müssen alle Kräfte dafür verwenden, diese Aufgabe zu erfüllen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Dr. Dietmar Bartsch [DIE LINKE]: Wie denn? Wie denn? Schießen, oder was? – Zurufe vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Und ich sage auch: Wenn es uns nicht gelingt, die Sicherheit und die Integrität Europas herzustellen,

(Zuruf des Abg. Richard Pitterle [DIE LINKE])

dann ist nicht nur Dublin, sondern dann ist auch Schengen beendet. Dann wird uns nichts anderes übrig bleiben,

(Claudia Roth (Augsburg) [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ja, dann bauen wir eine Mauer!)

als wieder unsere deutschen nationalen Grenzen zu schützen. Auch das ist eine Wahrheit, die auf dem Tisch liegt und über die wir reden müssen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Özcan Mutlu [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Gehen Sie nach Bayern, Mensch!)

Zweitens.

Was muss noch geschehen? Wir müssen gegenüber den Menschen in den Krisenländern und in den Flüchtlingslagern das klare Signal aussenden: Wir können nicht mehr aufnehmen, als es unsere Integrationsfähigkeit zulässt. Unsere Kapazitäten sind weitgehend erschöpft. Es ist kein besonderer Ausweis von Nächstenliebe, den Menschen dort Illusionen zu machen, die dann wie die Seifenblasen platzen, wenn sie hierherkommen. Deswegen war es richtig, dass wir vor drei Wochen Grenzkontrollen eingeführt haben; da ist viel rumkritisiert worden. Es war wichtig, das Signal zu setzen: Hier gibt es eine Grenze,

(Christian Petry [SPD]: Das hat doch nichts genutzt! – Zuruf des Abg. Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

hier beginnt ein Gebiet, in dem wir in der Lage sind, unser Recht durchzusetzen.

Drittens.

Es ist ganz wichtig, dass wir - Volker Kauder hat recht, wenn er sagt: „Hotspots“ ist kein schöner Begriff – die Aufnahme- und Registrierungszentren an den europäischen Außengrenzen errichten und dort trennen zwischen denen, die eine Bleibeperspektive haben, und den anderen, die zurückgeschickt werden müssen, und das auch tun. Das ist jetzt wichtig. Das ist ein zentrales Anliegen. Das ist ein wichtiges Zeichen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Bayern hat Erstaufnahmezentren für die Balkanzuwanderer errichtet; das ist oft kritisiert worden, wird aber jetzt von allen Bundesländern kopiert. Man hat klipp und klar gleich gesagt: Wir brauchen schnelle Verfahren, und wir müssen, wenn die Voraussetzungen nicht gegeben sind, die Menschen zurückschicken. – Ich glaube, dass diese Erstaufnahmeeinrichtungen, zum Beispiel in Bamberg – jetzt entstehen sie im ganzen Land –, dazu beigetragen haben, dass die Quote der Balkanzuwanderer nachhaltig reduziert worden ist. Das ist ein erster Erfolg und zeigt, dass man nur die richtigen Signale aussenden muss,

Wir brauchen Transitzone an den deutschen Grenzen,

(Claudia Roth (Augsburg) [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nein!)

die nicht, wie die SPD behauptet hat, Hafteinrichtungen sind,

(Dr. Dietmar Bartsch [DIE LINKE]: Sie werden es aber!)

weil das ein notwendiges Stoppsignal an unseren Grenzen ist, ein Stoppsignal, das gesendet werden muss, damit es verstanden wird.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Widerspruch bei der SPD – Dr. Konstantin von Notz [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: So ein Quatsch! Hilflös ist das, was Sie hier erzählen!)

Viertens.

Wir müssen sichtbar und erkennbar zurückführen. Das passiert an den Hotspots. Die Europäische Kommission hat eine Migrationsagenda vorgelegt, in der Rückführung vorgesehen ist. Diese Migrationsagenda wird im Europäischen Parlament beraten, leider nur unterstützt von der EVP und bekämpft von den Sozialisten, an der Spitze die deutschen Sozialdemokraten.

(Katrin Göring-Eckardt [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Der ist echt im Lagerkoller!)

Ich möchte Sie wirklich bitten, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD: Sie können hier doch nicht so reden, aber in Brüssel Ihre Leute laufen lassen, die permanent die Rückführungsbemühungen der Europäischen Kommission torpedieren. Sorgen Sie auch da für Ordnung!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Zuruf von der SPD: Was für ein Quatsch! – Dr. Konstantin von Notz [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die Große Koalition zerstritten in der wichtigsten Frage! Das ist ja großartig!)

Fünftens.

Wir brauchen eine stärkere Kooperation mit unseren Nachbarländern außerhalb der Europäischen Union. Deswegen sind die Gespräche mit der Türkei von zentraler Bedeutung. Wir brauchen diese Kooperation, und zwar nicht nur, weil die Türkei bei der Beseitigung von Fluchtursachen eine Schlüsselrolle hat,

(Özcan Mutlu [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ist Orbán Ihr neuer Freund? Das ist ja unglaublich! Erst Orbán und dann Erdoğan!)

sondern auch, weil die Türkei bei der Steuerung der Flüchtlingsströme eine entscheidende Rolle spielt.

Ich glaube, dass es ganz selbstverständlich ist, dass wir dem Anliegen der Türkei auf finanzielle Entlastung nachkommen. Wir können den Türken nicht zumuten, dass sie die Menschen dort aufnehmen, sie nicht weiterleiten und gleichzeitig die Kosten in vollem Umfang tragen.

(Claudia Roth (Augsburg) [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das machen sie schon seit vier Jahren!)

Hier müssen sich die Europäer, hier müssen auch wir uns beteiligen. Ich halte das für ein wichtiges Anliegen. Und wenn man den Türken in anderer Weise entgegenkommen kann – natürlich immer unter Beibehaltung der Kriterien, die wir beispielsweise hinsichtlich Visaliberalisierung aufgestellt haben –,

(Dr. Konstantin von Notz [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aha!)

dann ist das ein Thema.

Nur eines sollte nicht auf die Agenda kommen, weil es damit überhaupt nichts zu tun hat, und das ist die Frage des Beitritts der Türkei zur Europäischen Union.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Das ist ein Thema von so grundsätzlicher Bedeutung, dass es nicht im tagespolitischen Handel gelöst werden kann.

(Dr. Konstantin von Notz [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was machen Sie hier eigentlich für rhetorische Purzelbäume? Das ist doch alles ein schlechter Witz, Herr Friedrich! – Katrin Göring-Eckardt [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Worüber reden Sie?)

Meine Damen und Herren, es geht darum, Grenzen zu sichern, Signale zu setzen, Kooperationen einzugehen und darum, lieber Gerd Müller, sich gemeinsam in Europa Afrika zu widmen, und zwar noch bevor sich die Afrikaner auf den Weg machen,

(Katrin Göring-Eckardt [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die machen sich schon auf den Weg! – Dr. Konstantin von Notz [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wirr und chaotisch, Herr Friedrich!)

bevor alle nach Europa kommen wollen. Es geht darum, sich darum zu kümmern, dass dieser Kontinent, Afrika, den Menschen eine Zukunft bieten kann.

(Sylvia Kotting-Uhl [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Brandstifter!)

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU)

**Präsident Dr. Norbert Lammert:**

Zu einer Kurzintervention erhält der Kollege Klaus Ernst das Wort.

**Klaus Ernst (DIE LINKE):**

Herr Dr.Friedrich, das war ja eine sehr schneidige Rede.

(Claudia Roth (Augsburg) [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Tja!)

Stellen wir uns mal vor, Sie wären bei Anne Will gewesen und nicht die Kanzlerin, und Sie hätten das bei Anne Will gesagt. Stellen wir uns das mal einen Moment lang vor. – Ich möchte bei dieser Gelegenheit der Kanzlerin ausdrücklich für dieses Interview danken, das sie Anne Will gegeben hat.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Das war eine ganz klare Botschaft.

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Nehmen Sie einmal die Hand aus der Tasche!)

Herr Friedrich, nachdem Sie sehr deutlich gesagt haben, wo Sie in dieser Auseinandersetzung stehen, hätte ich von Ihnen gerne eine Frage beantwortet: Die Grenzen zu sichern, die Außengrenzen, möglicherweise auch die der Bundesrepublik, das ist, wenn 10 kommen, noch möglich, bei 100 vielleicht auch noch, bei 1000 – schauen Sie sich das in Ungarn an – wird es schon kompliziert. Aber was wollen Sie bei 10000, bei 100000 oder bei 200000 machen? Wie wollen Sie die Grenze sichern? Glauben Sie, dass da ein kleines Zäunchen reicht? Meinen Sie, dass Sie die Menschen, die kommen, weil sie bedroht sind, in dieser Größenordnung aufhalten können? Das ist eine berechtigte Frage, die auch die Kanzlerin gestellt hat. Glauben Sie wirklich, dass Sie mit einem Zaun oder drei, vier Grenzpolizisten, die ein bisschen mit dem Knüppel wedeln, die Menschen daran hindern können, ihre Existenz zu sichern, wenn sie das wollen? Wollen Sie – das wäre ja die Konsequenz, Herr Friedrich –, dass irgendwann an den Grenzen geschossen wird, um die Grenzen zu sichern? Wo hören Sie auf?

(Zurufe von der CDU/CSU)

– Die Frage ist doch berechtigt.

(Beifall bei der LINKEN)

Wie wollen wir denn die Menschen aufhalten, wenn sie kommen? Darauf haben Sie in Ihrer schneidigen Rede keine Antwort gegeben, Herr Friedrich. Ich hätte darauf aber

gerne eine. Was meinen Sie damit, wenn Sie sagen: „Wir machen zu“? Mit welchen Mitteln wollen Sie die Menschen aufhalten, wenn sie mit ihren Kindern im Arm am Zaun stehen und rüber wollen?

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Machen Sie mal zu!)

Herr Friedrich, ich habe den Eindruck, diese Rede, die Sie hier gehalten haben, war vielleicht wichtig für die AfD in Bayern,

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Jetzt reicht es! – Michael Brand [CDU/CSU]: Setzen Sie sich hin! Disqualifiziert!)

aber nicht so sehr für die Auseinandersetzung, die wir in dieser Frage hier eigentlich zu führen haben.

(Beifall bei der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

**Dr. Hans-Peter Friedrich (Hof) (CDU/CSU):**

Lieber Herr Ernst, an dem, was Sie hier sagen, wird deutlich, dass Sie ein Radikaler sind.

(Lachen bei der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Sie sind ein Radikaler. Es ist unglaublich, dass Sie mir unterstellen, dass ich wollte, dass an Grenzen geschossen wird. Das ist unsäglich. Nehmen Sie das bitte zurück! Das, was jeder Staat, was jedes Staatsgebilde ganz selbstverständlich für sich in Anspruch nehmen kann, verlange ich auch für Europa; und wenn Europa dazu nicht in der Lage ist, verlange ich das für unser Land,

(Dr. Petra Sitte [DIE LINKE]: Wie zwischen den USA und Mexiko? Soll es so aussehen?)

nämlich dass wir unsere Grenzen sichern und dafür sorgen, dass wir über unsere Grenzen die zu uns reinkommen lassen, die wir nach unseren Vorschriften und nach unseren Möglichkeiten hereinlassen können. Das ist das, was ich fordere, und das ist das, was auch die Bürgerinnen und Bürger in ganz Europa von ihrem Staat erwarten: dass die Staaten wirksam in der Lage sind, ihr Staatsgebiet zu schützen. Wir können das doch nicht aufgeben! Das ist ein staatsrechtliches Thema.

(Widerspruch beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist doch unglaublich, was Sie hier sagen: Wir sind nicht in der Lage, unsere Grenzen zu schützen.

(Özcan Mutlu [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wovon reden Sie?)

Wir müssen in der Lage sein, unsere Grenzen zu schützen. Das ist etwas, was wir auch erreichen können. Das ist der Sinn und Zweck des Europäischen Rates von heute, und das ist auch der Sinn und Zweck all der Verabredungen, die auf europäischer Ebene getroffen werden.

(Özcan Mutlu [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Herr Friedrich, wir sind nicht im Krieg!)

Ich hoffe, dass sie funktionieren; denn wenn sie europäisch nicht funktionieren, müssen sie national eingeführt werden. Das ist meine Forderung. Das habe ich gesagt und sonst nichts, Herr Ernst.

(Beifall bei der CDU/CSU – Dr. Petra Sitte [DIE LINKE]: Sie haben es anders gemeint! – Özcan Mutlu [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das war ja unglaublich!)

Berlin: am 15.10.2015